

Die Waffen nieder!

Friedensfähig statt kriegstüchtig!

Deutschland muss „kriegstüchtig“ werden, erklärt Minister Pistorius. Er meint damit nicht nur die Bundeswehr, sondern die gesamte Bevölkerung. Wir lehnen eine Politik ab, die von Krieg als dem Normalfall ausgeht statt vom Friedensgebot des Grundgesetzes. Diese Politik eskaliert internationale Konflikte und militarisiert unsere Gesellschaft. Wir wenden uns gegen die Militarisierung in unserem Land, die eine weitere Rechtsentwicklung verstärkt. Wir müssen nicht „kriegstüchtig“, sondern die Politik muss wieder friedensfähig werden.



Karikatur: Klaus Stüttmann

Die Gefahren wachsen: Es droht eine Ausweitung des Ukrainekriegs zu einem Atomkrieg, sowie die Ausweitung des Krieges im Nahen Osten zu einem Flächenbrand. Mit ihren Waffenlieferungen gießt die Bundesregierung Öl ins Feuer: Keine Bombe, kein Panzer, keine Rakete wird die Welt sicherer machen! Die Regierung bedient die Profitinteressen der Rüstungsindustrie und stützt die Vormachtstellung der USA. Kriege und Rüstung sind Ursachen für die Zerstörung des Klimas, für Hungerkrisen, Armut, Flucht und Vertreibung.

Anstatt auf Diplomatie und Deeskalation zu setzen, steigen die deutschen Militärausgaben von bisher 64 auf 85 Milliarden Euro. Das sind ungefähr 1000 Euro pro Einwohner! Der drittgrößte Rüstungs-
etat der Welt wird mit Sozialabbau und Armut in unserem Land erkaufte.

Rechenzentren haben sich in den letzten Jahren still und leise vermehrt. Über die Bedingungen des Betriebs und die Möglichkeiten, die Energie wenigstens einigermaßen nachhaltig zu nutzen (nachhaltige Rechenzentren gibt es nicht!) wird kaum diskutiert. Zudem gehören Rechenzentren zur kritischen Infrastruktur, was eigentlich auch Diskussionen auslösen müsste: Wie werden sie geschützt? Welche Gefahren entstehen dadurch? Frankfurt ist ein Knotenpunkt für Datentransfers. Und in Frankfurt gibt es inzwischen Auflagen, wo noch Rechenzentren gebaut werden dürfen und wo nicht. Deshalb werden Standorte im Umland gesucht. Zum Beispiel bei uns in Karben-Rendel.

Rechenzentrum in Rendel Viele Fragen

Gabi Faulhaber, linke Stadtverordnete in Karben, hat folgende Anfrage an den Magistrat gerichtet:

1. Für welche Zwecke genau wird das Rechenzentrum (RZ) gebraucht?
 2. Wer wird das Rechenzentrum betreiben? Welches Geschäftsmodell ist zu erwarten?
 3. Wer wird das Rechenzentrum nutzen können? Und: Wird die Stadt Karben für sich besondere Nutzungsbedingungen verhandeln können?

4. Das Rechenzentrum entsteht direkt neben dem Umspannwerk und ist mehr als zwei Kilometer von der südlichen Ortsgrenze Rendels entfernt. Es wurde seitens des Magistrats angeordnet, die Abwärme des RZ als Fernwärme zu nutzen. Daraus ergeben sich weitere Fragen:
 a) Wer wird die Fernwärmeleitung nach Rendel finanzieren und bauen?
 b) Für wann ist der Bau der Fernwärmeleitung geplant? Wird sie parallel zum Bau des RZ realisiert?

c) Wer schließt die Haushalte Rendels an die Fernwärme an? Wer finanziert die Hausanschlüsse?
 d) Ist angedacht, eine Privatfirma mit der Fernwärmeversorgung zu beauftragen oder will das die Stadt selbst machen?
 e) Bei kleinen RZ kann die Fernwärmeversorgung Schwankungen unterliegen. Wie will man damit umgehen? Gibt es Vorstellungen darüber, woher im Falle ungenügender Abwärme die Versorgungsleistung für die Haushalte herkommen/garantiert werden soll?
 f) Was ist geplant für die Sommermonate, in denen keine Wärme gebraucht wird?
 g) Wie werden die Haushalte versorgt, falls Kälte im Sommer genutzt werden soll und wer trägt die Kosten der dazu nötigen technischen Anlagen?
 h) Ab wie viel Hausanschlüssen wird eine Fernwärmenutzung rentabel?
 5. Ist zukünftig die Ansiedlung weiteren Gewerbes rund um das RZ geplant, um die Rechenleistungen und die Abwärme/Kälte des RZ zu nutzen?

6. Wenn das RZ/die Fernwärmeversorgung privat betrieben werden sollen: Was ist vorsorglich vorgesehen, um die Fernwärme auch bei einem Bankrott der Betreiberfirma zu gewährleisten?
 7. Ist südlich von Rendel (in Richtung RZ/B521) zukünftig ein weiteres Wohngebiet vorgesehen?
 8. Wie soll die architektonische Einpassung in die Landschaft sicher gestellt werden? Wenn nicht nur

ein Zweckbau entstehen soll, kostet das mehr. Eventuell auch eine baumbepflanzte Außenanlage. Wer trägt die Kosten?
 9. Welche zusätzlichen Anlagen werden auf dem Gelände des RZ nötig sein? Zum Beispiel um den Betrieb bei Stromausfällen mit Dieselanlagen abzusichern? Oder ist eine Gasleitung und Gasverbrennung vorgesehen? Oder wird das RZ als Twinanlage konzipiert?

10. Werden Windräder in der Nähe des RZ entstehen, um die Energiezufuhr abzusichern/zu unterstützen und um wenigstens einen Teil der Energie aus erneuerbarer Quelle bereitzustellen?
 11. Welche Sicherheitsanlagen sind geplant und nötig?
 12. Wie viele Arbeitsplätze werden voraussichtlich im RZ entstehen? Wie viele beim Betrieb eines Fernwärmenetzes?

40 Jahre harte Arbeit für weniger als 1100 Euro im Monat? Für fast jeden dritten Rentner ist das schon heute bittere Realität. Das ist eine Schande!

In der Schweiz gab es kürzlich eine Volksabstimmung: dort bekommen Rentner jetzt jährlich nicht 12 mal, sondern 13 mal ihre Rente ausbezahlt. In Österreich, wo es heute im Schnitt 800 Euro mehr Rente als bei uns gibt, wird sogar 14mal Rente ausbezahlt. Wir finden: Die Menschen sollen entscheiden, auf welchem Fundament ihre Altersvorsorge stehen soll: Soll an Finanzmärkten spekuliert werden oder soll es ein System sein, in das alle einzahlen, und das eine sichere und gute Rente garantiert?



Ein Mietspiegel für Karben

Im März 2024 hatte DIE LINKE. im Stadtparlament einen qualifizierten Mietspiegel für Karben beantragt. Leider wurde unser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Warum ein Mietspiegel?

Ein Mietspiegel registriert Wohnungen, deren Mieten in den vergangenen sechs Jahren neu vereinbart oder geändert wurden.

Damit zeigt ein Mietspiegel die Wohnungsmieten so an, wie sie Mieterinnen und Mieter auf dem Wohnungsmarkt real vorfinden. Er zieht keine langjährigen Bestandsmieten heran, sondern zeigt die wirklichen Mietpreise freier und beziehbarer Wohnungen.

Ein qualifizierter Mietspiegel ist damit als Orientierungshilfe für Mieter und Vermieter sinnvoll.

Zudem kann er aufzeigen, wo die Mietobergrenzen des Wetteraukreises nicht richtig berechnet werden. Da werden nämlich zu mehr

als 80 Prozent Bestandsmieten eingerechnet, die mit der Realität auf dem Wohnungsmarkt wenig zu tun haben.

Warum ein Mietspiegel in Karben?

Es gibt bereits private Mietspiegel. Sie werden von Immoportalen oder Wirtschaftsverbänden erstellt und dienen Firmen und Vermietern als Orientierung. Doch private Mietspiegel haben natürlich das Ziel, möglichst hohe Mieten zu erzielen. Ein guter kommunaler Mietspiegel kann dagegen kostensenkend wirken. Unserer Meinung nach kann es nicht Absicht der Stadt sein, dass private Immobilienanbieter die Höhe des Mietpreises stark beeinflussen.

Außerdem unterstützt eine ortsübliche Vergleichsmiete

die Rechtssicherheit: Zum Beispiel bei Mietwucher oder Mieterhöhungen.

Ein Mietspiegel schafft keinen Wohnraum

Das war das Argument des Bürgermeisters gegen unseren Antrag.

Das stimmt natürlich. Ein Mietspiegel kann nur bedingt kostendämpfend wirken und auch nur dann, wenn er bewusst auf die Preisentwicklung achtet, statt sie hochzutreiben.

Er ist nur EIN Baustein im Kampf gegen die Mietexplosion.

Ziel muss die Schaffung von sozialem bezahlbarem Wohnraum sein. Nur ein großer Bestand an Sozialwohnungen kann die Mietpreise wirklich drücken. Da ist natürlich die Stadt gefragt. Und da ist noch kein wirklicher Fortschritt zu erkennen.

Herausgeber:
DIE LINKE. Wetterau
ViSdP.: Gabi Faulhaber
Petterweil. e-mail:
info@die-linke-wetterau.de
Infos zur Kommunalpolitik
finden Sie auf
www.die-linke-wetterau.de

